

»Es gibt noch keine verbindende Idee für Erwachsenenbildung im digitalen Zeitalter.«



Foto: © Bundesregierung/Guido Bergmann

WEITER BILDEN spricht mit Bettina Stark-Watzinger

Am 8. Dezember vergangenen Jahres ist Bettina Stark-Watzinger (FDP) als Bundesministerin für Bildung und Forschung vereidigt worden. Für sich und ihr Haus, das sie gerne »Chancenministerium« nennt, hat sie sich in der laufenden Legislaturperiode viel vorgenommen – über ihre Pläne und deren Bedeutung für die Erwachsenen- und Weiterbildung sprachen die Herausgeber Prof. Dr. Josef Schrader und Dr. Peter Brandt mit ihr.

WEITER BILDEN: Sehr geehrte Frau Ministerin, die neue Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag auf ehrgeizige Reformen verpflichtet, auch im Bildungsbereich. Sie selbst haben ein Innovationsjahrzehnt angekündigt. Die Weiterbildungslandschaft blickt mit hohen Erwartungen insbesondere auf Ihr Ministerium. Was haben Sie sich selbst vorgenommen, womit werden Sie beginnen?

BETTINA STARK-WATZINGER: Wir haben uns für diese Legislaturperiode im Bildungsbereich viel vorgenommen. Unser Ziel ist es, allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft beste Bildungschancen zu bieten. Wir wollen Teilhabe und Aufstieg ermöglichen. Deshalb sind wir das Chancenministerium. Eines unserer ersten Projekte ist eine Reform des Bafög. Denn es geht an der heutigen – zum Glück bunteren – Lebenswirklichkeit vorbei. Das ist die wesentliche Botschaft, die ich aus den vielen Berichten junger Menschen mitnehme. Die Förderkriterien sind bisher so gestaltet, dass viele von Anfang an ausgeschlossen werden. Die Altersbeschränkungen passen nicht mehr, die Beschränkungen beim Studienfachwechsel auch nicht. Und dann ist das ganze Antragsverfahren zu bürokratisch. Deshalb werden wir das Bafög attraktiver und flexibler gestalten, um mehr jungen Menschen einen Zugang zu Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Schon zum Beginn des kommenden Wintersemesters soll eine erste Reform umgesetzt sein. So planen wir, die Freibeträge und den Wohnkostenzuschlag deutlich anzuheben und natürlich auch die Bedarfssätze. Darüber hinaus wollen wir die Altersgrenze für eine Förderung auf 45 Jahre erhöhen. Parallel dazu soll ein Nothilfemechanismus geschaffen werden, mit dem Studierende unabhängig von einer Bafög-Förderung in Krisensituationen wie der Corona-Pandemie finanziell unterstützt werden. In einem zweiten Schritt wollen wir dann

eine elternunabhängigere Komponente einführen, über die Kindergrundsicherung, die der Koalitionsvertrag vorsieht.

Die Nationale Weiterbildungsstrategie soll fortgeführt werden, mit einem neuen Fokus auf die Erwachsenenbildung. Wie soll dieser stärkere Fokus gelingen? Wird es thematische Schwerpunkte geben? Denken Sie an eine Erweiterung der Partner in der Nationalen Weiterbildungsstrategie?

»Wir wollen die allgemeine Weiterbildung bei der Umsetzung der Weiterbildungsstrategie stärker betonen.«

In der vergangenen Legislaturperiode lag der Schwerpunkt auf der beruflichen Weiterbildung. Jetzt wollen wir auch die allgemeine Weiterbildung stärker in den Blick nehmen. Richtig lesen, schreiben und rechnen zu können, digitale Kompetenzen, gute Deutschkenntnisse – das alles sind Schlüsselkompetenzen, die vielleicht nicht immer einen direkten Bezug zu einem bestimmten Beruf haben, aber allgemein Voraussetzung für berufliches Weiterkommen

und Aufstieg sind. Wir wollen die allgemeine Weiterbildung bei der Umsetzung der Weiterbildungsstrategie stärker betonen und dafür an einigen Stellen auch neue Akteure einbinden. So denken wir zum Beispiel über einen offenen Dialogprozess mit Bürgerinnen und Bürgern und mit Weiterbildungsanbietern wie den Volkshochschulen nach. Wir werden zunächst gemeinsam mit möglichst vielen Stakeholdern Ideen sammeln und uns dann auf den Weg hin zu einer neuen nationalen Weiterbildungskultur machen.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag ebenfalls angekündigt, sich dafür einzusetzen, dass die Umsatzsteuerbefreiung für gemeinwohlorientierte Bildungsdienstleistungen beibehalten wird. Können Sie hier bereits über konkrete Schritte berichten?

Als Bildungsministerium haben wir ein großes Interesse daran, dass möglichst viele Menschen Bildungsleistungen in Anspruch nehmen. Das ist natürlich auch eine Frage des Preises solcher Leistungen. Deshalb wollen wir die Umsatzsteuerbefreiung für gemeinwohlorientierte Bildungsdienstleistungen beibehalten. Eine Verteuerung von Bildungsleistungen wollen wir auf jeden Fall vermeiden.

Sie verfolgen das Ziel weiter, die Anerkennung informell, non-formal oder im Ausland erworbener Kompetenzen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Sind hier neue Impulse geplant? Wird es einen Ausbau der »Valikom«-Initiative geben?

Die Validierung non-formal und informell erworbener beruflicher Kompetenzen ist mir ein wichtiges Anliegen. Sie hilft, Menschen ohne formalen Berufsabschluss in das Bildungs- und Beschäftigungssystem zu integrieren. Über die Valikom-Initiative bieten wir derzeit für über 30 Berufe an deutschlandweit 32

Standorten ein standardisiertes Verfahren an, mit dem berufliche Kompetenzen, die Menschen im Laufe ihres Lebens am Arbeitsplatz erworben haben, erfasst und zertifiziert werden. Valikom führen wir bis Oktober 2024 fort. Parallel prüfen wir die Optionen für ein Validierungsgesetz, das an Valikom anschließen soll. Ein solches Gesetz könnte den Anspruch auf ein Validierungsverfahren regeln, also die Anspruchsvoraussetzungen und das Verfahren selbst. Der nächste Schritt ist dann, Valikom auch für die Anerkennung von Berufsqualifikationen, die im Ausland erworben wurden, zu nutzen. Hier wollen wir digitale Antragsverfahren einführen und so die Anerkennung vereinfachen. Auch soll Unterstützung bei den Verfahrenskosten möglich sein, sodass mehr Menschen sich um die Anerkennung ihrer Abschlüsse vom Ausland aus bewerben können. Dafür brauchen wir auf jeden Fall die Unterstützung der Länder, denn dort wird die Anerkennung vollzogen.

Wie planen Sie weiter mit den Inventaren, die im Rahmen des GRETA-Projektverbundes zur Anerkennung der Kompetenzen des Lehrpersonals in der Erwachsenen- und Weiterbildung entstanden sind?

Als Ergebnis des GRETA-Projekts liegen erprobte und in der Praxis unmittelbar einsetzbare Instrumente zur Bilanzierung und Anerkennung professioneller Kompetenzen des Personals in der Weiterbildung vor. Grundlage dafür ist ein Kompetenzmodell, in dem beschrieben ist, was eine Lehrkraft in der Weiterbildung können soll, um gute Arbeit zu leisten. Eine Reihe von Weiterbildungsanbietern setzt diese Instrumente bereits heute erfolgreich in der Personalentwicklung ein. Das ist ein gutes Beispiel für den Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis. Ich kann das DIE nur ermutigen, diesen Weg aktiv weiterzugehen.

Wie soll die Integration der verschiedenen Plattform-Initiativen erfolgen, die derzeit laufen (NOW des BMAS, INVITE des BMBF, Initiative Digitaler Bildungsraum)? Wird es eine Nationale Bildungsplattform (NBP) geben, in die die Ergebnisse der genannten Initiativen integriert sein werden?

Wir beobachten seit Jahren eine dynamische Entwicklung bildungsbezogener Plattformen. Jetzt ist es an der Zeit,

»Wir prüfen die Optionen für ein Validierungsgesetz.«

aus vielen Einzelangeboten ein kohärentes Ganzes zu machen. Dafür schaffen wir die Nationale Bildungsplattform. Sie dient der Vernetzung und ist als ein interoperables Plattform-Ökosystem gedacht, das auf Basis grundlegender Standards und einer transparenten Governance funktioniert. Ziel ist eine durchgängige »Lernreise«, die die Lernenden auf der Grundlage von selbst verwalteten Bildungsdaten eigenverantwortlich steuern können. Dies schafft Orientierung, Zugang und Teilhabe an Bildungsprozessen. Außerdem wird so ein Rollenwechsel im Lebenslauf möglich: Mal als Lernender, mal als Lehrender. Jetzt geht es aber erst einmal um die technische Entwicklung: Aus einem Förderwettbewerb sind vier Prototypen

hervorgegangen. Auf dieser Grundlage bereiten wir jetzt Ausschreibungen für die ersten Teile der künftigen Nationalen Bildungsplattform vor. Damit die Plattform dann mit Leben erfüllt wird, braucht es Initiativen wie zum Beispiel den Innovationswettbewerb INVITE. Er sammelt ganz konkrete Ideen für einen innovativen digitalen Bildungsraum für die Weiterbildung, prämiert diese und lässt sie anschließend in der Praxis ausprobieren. Natürlich stehen wir auch in engem Austausch mit der Nationalen Weiterbildungsplattform NOW. Wir wollen die Nationale Bildungsplattform und NOW von vornherein so entwickeln, dass sie kompatibel sind und Synergien entstehen.

Besonders aufmerksam hat die Erwachsenenbildungslandschaft auf die Ankündigung reagiert, dass Sie ein Förderprogramm für Volkshochschulen und andere gemeinnützige Bildungseinrichtungen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur planen. Gibt es hier bereits konkrete Überlegungen, wie diese Infrastruktur aussehen könnte, wer an ihr partizipieren kann, ob es um befristete oder dauerhafte Förderung gehen soll?

Die Länder, in deren Verantwortungsbereich die Erwachsenenbildung fällt, sind schon seit mehreren Jahren dabei, die Digitalisierung auch in diesem Bereich voranzutreiben. Dazu gehören innovative Lernangebote genauso wie die bessere Ausstattung von Weiterbildungseinrichtungen mit digitaler Infrastruktur. Wir flankieren das mit großen strukturwirksamen Projekten, die kein Land allein stemmen könnte. Ich nenne beispielhaft das vhs-Lernportal, dessen Auf- und Ausbau wir seit Jahren fördern. Das vhs-Lernportal ist heute mit rund 950.000 Lernenden die zentrale digitale Lernplattform für Grundbildung und Deutsch als Zweitsprache. Derzeit wird der neue Lernbereich »Digitale Grundbildung« aufgebaut. Damit schaf-

fen wir ein neues Lernangebot für Menschen mit geringer Bildung, die digitale Geräte grundsätzlich bedienen können, sich aber beispielsweise schwertun, Informationen aus dem Internet einzuordnen und zu bewerten. Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit den Ländern weitergehen. Es kommt darauf an, Kräfte zu bündeln und unsere Maßnahmen auf das gemeinsame Ziel auszurichten, die Digitalisierung in der allgemeinen Weiterbildung voranzubringen.

Wie wollen Sie das angehen?

Aus meiner Sicht gibt es noch zu viele Insellösungen und keine verbindende Idee, wie Erwachsenenbildung in unserem digitalen Zeitalter gestaltet werden soll. Wie können Menschen die notwendigen digitalen Kompetenzen erwerben? Wie und in welchen Settings wollen und sollen Erwachsene heute lernen? Wie müssen sich Weiterbildungseinrichtungen heute aufstellen, damit sie auch morgen noch zeitgemäß sind? Diese Fragen will ich gerne gemeinsam mit den Ländern diskutieren.

Sie wollen zudem gemeinsam mit den Ländern die Einrichtung, den Betrieb und die Vernetzung von Kompetenzzentren für digitales und digital gestütztes Unterrichten in Schule und Weiterbildung fördern und eine zentrale Anlaufstelle für das Lernen und Lehren in der digitalen Welt schaffen. Das wäre sehr wichtig. Denn es wird ja nicht genügen, digitale Angebote nur zentral und digital zugänglich zu machen, sondern sie müssen ja auch auf Qualität geprüft, strukturiert, weiterentwickelt und evaluiert werden, damit sie die Adressatinnen und Adressaten nicht nur erreichen, sondern ihnen tatsächlich auch helfen. Wie kann das gelingen? Was können Praxis und Wissenschaft dazu beitragen?

Auch bei der Digitalisierung in der Bildung haben wir uns viel vorgenommen.

So ist es mein Ehrgeiz, den Digitalpakt Schule zu beschleunigen und zu entbürokratisieren. Gemeinsam mit den Ländern will ich Hürden abbauen. Zentral ist für uns auch die Lehrkräftefortbildung. Deshalb wollen wir uns hier verstärkt engagieren. Dazu gehören die Kompetenzzentren für digitales und digital gestütztes Unterrichten in Schule und Weiterbildung und die Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung mit einem Schwerpunkt digitale Bildung. Hier wollen wir mit den Ländern sowie mit Menschen aus Wissenschaft und Praxis zusammenarbeiten. Denn nur so können wir qualitativ hochwertige Angebote für unsere Lehrkräfte und Schulleitungen entwickeln und zur Verfügung stellen.

Sie möchten zudem gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sichern. Aus dem Weiterbildungsatlas des DIE wissen wir, dass es große regionale Unterschiede im Angebot und in der Beteiligung an Weiterbildung gibt, die auch durch die digitale Transformation nicht ausgeglichen werden. Was kann die Bundesregierung hier tun, was erwarten Sie von Ländern und Kommunen?

Insgesamt verfügen wir in Deutschland über ein flächendeckendes, breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten. Und insgesamt entwickelt sich die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland positiv. Das hat auch der letzte AES-Trendbericht gezeigt, also der Adult Education Survey. Demnach haben 60 Prozent der Befragten im Jahr 2020 an mindestens einer Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen. Das sind sechs Prozentpunkte mehr als noch 2018. Und dabei liegen die Quoten in West- und Ostdeutschland auf einem vergleichbaren Niveau. Um dort, wo die Menschen leben, arbeiten und lernen, die Zugangsmöglichkeiten zur Weiterbildung zu

verbessern und zusätzliche Bildungschancen zu schaffen, fördert mein Haus mit dem neuen Programm »Bildungskommunen« noch einmal verstärkt das kommunale Bildungsmanagement. Auf Grundlage verlässlicher Daten können Kommunen damit ihr Bildungsangebot an den Bedarf vor Ort optimal anpassen. Durch die Vernetzung von analogen und digitalen Angeboten werden die Bildungslandschaften modernisiert und die Kommunen können thematische Schwerpunkte setzen – beispielsweise, wenn es um Fachkräftesicherung und Strukturwandel geht. Vor Ort selbst sind natürlich weiterhin die politisch zuständigen Akteure und Verantwortlichen gefragt, gute Angebote zu gestalten, die von den Zielgruppen auch gut erreicht werden können. Ziel muss es sein, allen Bürgerinnen und Bürgern etwas anbieten zu können, digital und vor Ort.

Die Zusammenarbeit insbesondere zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften und kleinen und mittleren Unternehmen sowie sozialen und öffentlichen Organisationen soll durch eine Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) gefördert werden. Auch im Bildungsbereich wird beklagt, dass die Kluft zwischen dem, was Wissenschaft weiß, und dem, was Praxis und Politik erwarten, immer noch groß ist, trotz der beträchtlichen Förderung, die die empirische Bildungsforschung nicht zuletzt durch Ihr Ministerium in den vergangenen Jahren erfahren hat. Was sollte man aus Ihrer Sicht hier tun, um diese Kluft zu verringern?

Mit unserer langjährigen Förderung im Rahmenprogramm empirische Bildungsforschung ist es gelungen, eine breite wissenschaftliche Basis zu schaffen, die uns in der Gestaltung einer evidenzbasierten Bildungspolitik unterstützt. So zeigen beispielsweise Forschungsergebnisse zum Abbau von

Bildungsbarrieren, mit welchen konkreten Maßnahmen wir die Chancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen gezielt verbessern können. Forschungsprojekte zur Digitalisierung im Bildungsbereich liefern uns Erkenntnisse, wie das Lehren und Lernen von solchen Kompetenzen in der Schule verbessert werden kann. Aber: Wir als Bundesbildungsministerium lassen die Zusammenhänge erforschen und liefern die Befunde. Die Umsetzung liegt dann in den Händen der Länder. Es ist Sache der Kultusministerien, die Erkenntnisse aus der empirischen Bildungsforschung bei ihrem politischen Handeln zu berücksichtigen.

Sie selbst haben in Ihrer beruflichen Laufbahn u. a. ein Institut für die Aufnahme in die Leibniz-Gemeinschaft vorbereitet, kennen also das Wissenschaftssystem auch von innen. Was erwarten Sie von Universitäten, was von außeruniversitären Einrichtungen? Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit vor? Welche Schwerpunkte wollen Sie bei der Förderung von Bildungsforschung setzen, auch im Blick auf die Erwachsenen- und Weiterbildung?

Deutschland hat ein leistungsstarkes, ausdifferenziertes Wissenschaftssystem. Herausragende Forschung und Lehre findet an vielen Standorten und in verschiedenen Einrichtungen statt. Im Koalitionsvertrag haben wir uns klar für eine starke Wissenschaft und Forschung ausgesprochen mit starken Hochschulen im Zentrum des Wissenschaftssystems. Damit bekennen wir uns gleichzeitig zu Kooperationen in den unterschiedlichsten Ausgestaltungen, mit unterschiedlichen Partnern: Einerseits neue Kooperationsformen, die Synergieeffekte nutzen und befördern, andererseits sind Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein zentrales Ziel. Es gibt schon viel weniger Versäulung als noch vor zehn

Jahren. Um hier noch besser zu werden, wollen wir im Pakt für Forschung und Innovation einen Strategieentwicklungsraum etablieren. Hier sollen die großen Wissenschaftsorganisationen, also die Max-Planck-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Fraunhofer-Gemeinschaft, die Leibniz-Gemeinschaft usw., auch in Kooperation mit Hochschulen institutionenübergrei-

»Eine Verteuerung von Bildungsleistungen wollen wir auf jeden Fall vermeiden.«

chend stärker zusammenarbeiten. Was gerne übersehen wird, ist, dass es nicht nur an den Hochschulen, sondern auch in diesen Wissenschaftsorganisationen eine starke und international anerkannte Bildungsforschung gibt. Ich wünsche mir, dass diese Institute auch weiter selbstbewusst und strategisch im Wissenschaftssystem agieren.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in den vergangenen Jahren viele unterschiedliche Initiativen gestartet. Das betrifft z. B. die Weiterbildungsverbände, den geplanten Aufbau von Weiterbildungsagenturen, das Qualifizierungsgeld,

die Bildungs(teil)zeit nach österreichischem Vorbild, die veränderte Rolle der Bundesagentur für Arbeit als Beratungsinstanz. Wie werden Sie die Zusammenarbeit zwischen dem BMBF und dem BMAS gestalten, welche Rolle sehen Sie für Ihr Ministerium im Blick auf die Weiterbildung?

In der Nationalen Weiterbildungsstrategie engagieren sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und mein Haus mit vielen Partnern gemeinsam, um die Fort- und Weiterbildung für Beschäftigte und in Unternehmen voranzubringen. Dazu gehören die von Ihnen genannten Maßnahmen. Wichtige Themen für uns sind hier zum Beispiel der Ausbau der beruflichen Höherqualifizierung über das Aufstiegs-Bafög, die Digitalisierungsinitiative INVITE sowie geförderte Weiterbildungsmentorinnen, die Beschäftigte direkt in den Betrieben ansprechen und zur Weiterbildung motivieren. Denn es kommt darauf an, die Möglichkeiten zur Weiterbildung bekannter zu machen, damit noch mehr Menschen daran teilnehmen. Ich plane eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, die der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung einen neuen Schub geben soll. Damit sind wir gut gerüstet, einerseits den zukünftig steigenden Fachkräftebedarf zu decken und andererseits allen Menschen individuelle Bildungschancen zu eröffnen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wir danken herzlich für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe.